

Sehr geehrte Wahlkreisabgeordnete im Bundestag Herr von Stetten und Herr Ebner,

sehr geehrte Wahlkreisabgeordnete im Landtag von Baden-Württemberg, Frau Niemann, Herr Dr. Bullinger, Herr Stein, Herr von Eyb,

wie Sie vielleicht wissen, haben sich die Diakonie Deutschland und der Deutsche Caritasverband mit dem angehängten Schreiben an die Innenministerkonferenz gewandt um vor drohender Rechtsverletzung und unzumutbaren Verhältnissen bei der Einführung der geplanten AnKER-Zentren zu warnen. Im Schreiben sind auch Korrekturen am Konzept der AnKER-Zentren genannt, die wir begrüßen und unterstützen. Es geht hauptsächlich darum, dass die Unterbringungsdauer in den AnKER-Zentren möglichst kurz und die Zahl der Untergebrachten möglichst klein sein muss. Es darf nicht sein, dass über 1000 Schutzsuchende in Lagern kaserniert werden, was zu sozialen Konflikten und - hauptsächlich bei Kindern - zusätzlichen Traumatisierungen führen kann. Geflüchtete brauchen den Kontakt zu den Gemeinden die ihnen zugewiesen wurden, sie brauchen die Solidarität der Bevölkerung und Hilfe der Ehrenamtlichen. Asylverfahren sollen nicht nur schnell sondern auch rechtssicher bearbeitet werden. Dazu braucht es eine unabhängige und ausführliche Rechtsberatung, wie es sie aber kaum gibt.

Der Freundeskreis Asyl Kirchberg sowie die Asylfreundeskreise von Schwäbisch Hall, Bühlerzell, Ilshofen, Wallhausen und Langenburg wenden sich an Sie mit der dringenden Bitte, sich dafür einzusetzen, dass die genannten Gefahren und Mängel der aktuell geplanten Einführung der AnKER-Zentren diskutiert werden und dass die Einführung verschoben wird bis Korrekturen - wie von Diakonie und Caritas vorgeschlagen - vorgenommen worden sind.

Mit freundlichem Gruß

Bernard Cantré (Mitglied im Freundeskreis Asyl Kirchberg)